

Von Mindestlöhnen bis zu Feinstaubzonen

Kultur des Wegsehens

Von Gerd Held

Wir kennen inzwischen solche Szenen: Irgendein bekanntes Politikgesicht tritt vor die Kameras und spricht mit einer Miene, die Mitgefühl und Entschlossenheit ausdrücken soll, Sätze wie „Wir dulden keine Löhne, von denen man nicht leben kann“. Danach ist der Auftritt zu Ende. Das Gesicht dreht sich weg und ist mit anderen wichtigen Angelegenheiten befasst. Aber irgendwo in unserem Land bricht dann eine Welt zusammen. Ein Unternehmen geht in Konkurs, ein Arbeitsvertrag wird nicht verlängert, ein Lebensmodell wird zum Sterben verurteilt. Gerade in den großen Städten leben Zigtausende in Patchwork-Existenzen. Ihr Lohn wird mit weiteren Löhnen oder Einkommen kombiniert. Ein Familienhaushalt wird aus vielen kleineren Quellen gespeist. Eine Werkhalle, eine Wohnung, eine Waschmaschine, ein Garten für die Kinder wird geteilt mit einer Interessengemeinschaft, mit Freunden, mit der Liebsten. Aber die neue Intoleranz im Namen des individuellen Vollerwerbs, die in dem Ausdruck „man muss leben können“ verborgen wird, trifft alle diese Menschen in ihrer Existenz. Der Mindestlohn zerstört eine Einkommensquelle und damit oft ein tragendes Element des mühsam gebauten Existenzgefüges.

Natürlich wäre es für die, die da über lebenswertes und lebensunwertes Dasein entscheiden wollen, leicht, diese fremden Realitäten einmal in Augenschein zu neh-

men. Sie mögen für manchen ungewohnt sein, aber man kann sich ja einmal in anderen sozialen Kreisen umschaun. Offenbar fehlt es dafür an Interesse. Wer sich die Redepassagen, die in diesen Tagen der „Sozialverträglichkeit“ gewidmet sind, einmal näher anschaut, wird eine erstaunliche Kürze und Ungenauigkeit feststellen. Sorgfalt und Aufmerksamkeit hören sich anders an. Wir müssen uns also darauf einstellen, dass hier nicht einfach ein Fehler gemacht wird, sondern dass ein neuer sozialer Positionskampf stattfindet. Eine „Mitte“ zieht sich aus der offenen Gesellschaft zurück und beansprucht das Alleinvertretungsrecht für die Normen.

Die „Umweltzonen“, die nun die Mitte von Großstädten wie Berlin, Köln oder Stuttgart normieren sollen, sind von gleicher Bauart. Man erklärt den „Feinstaub“, über dessen Herkunft und Wirkungsweise es sehr wenig gesichertes Wissen gibt, zum Maßstab. Erstmal will man Dieselfahrzeuge, die keine Partikelfilter haben, aus dem Kernstadtbereich ins Umland verbannen. Ob das einen Gesundheitseffekt hat, weiß niemand. Aber darum geht es auch gar nicht. Es geht um eine Sozialsanierung: Haushalte und Gewerbetreibende, die auf Kraftfahrzeuge angewiesen sind und sich keine neuen Fahrzeuge leisten können, sind in den Großstädten nicht mehr erwünscht. Sollen sie doch sehen, wo sie bleiben.

(Manuskript vom 24.12.2007, erschienen als Gastkommentar in der Tageszeitung „Die Welt“ am 27.12.2007)